

INTERNATIONAL

6 STELLUNGSKRIEG IN DER UKRAINE

BRD

8 LANDAUF, LANDAB – DER ROTE BUND

FRAUEN

10 HÄUSLICHE GEWALT: NEGATIVSCHLAGZEILEN UND PERSPEKTIVEN

BERLIN

12 AUSSTELLUNG VON KRIEGS- VERBRECHEN IM UNI FOYER

HAMBURG

14 HAFENARBEITER KÄMPFEN GEGEN HAFEN-PRIVATISIERUNG

BREMEN

16 ROSTOCKER STRASSE UNTER WASSER

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 DIE KIRCHE NICHT IM DORF LASSEN.

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 STUTTGART: KÄMPFE GEGEN POLIZEI BEI ERITREA-FESTIVAL

KULTUR

22 „OPPENHEIMER“: ANGST- MACHE VOR DEM ATOMKRIEG

INHALT

4 BILD DES MONATS

6 INTERNATIONAL

8 BRD

10 FRAUEN

12 BERLIN

14 HAMBURG

16 BREMEN

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

22 KULTUR

KÄMPFE IN TUBAS, PALÄSTINA

STELLUNGSKRIEG IN DER UKRAINE

LANDAUF, LANDAB – DER ROTE BUND

**HÄUSLICHE GEWALT: NEGATIVSCHLAGZEILEN
UND PERSPEKTIVEN**

**AUSSTELLUNG VON KRIEGSVERBRECHEN
IM UNI FOYER – WIE DIE HERRSCHENDEN
VERSUCHEN IHRE VERBRECHEN ZU
RECHTFERTIGEN**

**HAFENARBEITER KÄMPFEN GEGEN DIE
PRIVATISIERUNG DES HAFENS**

**SCHREIBT WAS HIERÜBER, DAMIT DAS
ENDLICH MAL JEMAND MITBEKOMMT! –
ROSTOCKER STRASSE UNTER WASSER**

DIE KIRCHE NICHT IM DORF LASSEN.

**ERNEUTE KÄMPFE GEGEN DIE POLIZEI BEI
EINER ERITREA-VERANSTALTUNG
IN STUTTGART**

**ANGSTMACHE VOR DEM ATOMKRIEG:
„OPPENHEIMER“ – REZENSION**

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotopost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

nach längerem Hin und Her hat Innenministerin Faeser (SPD) nun doch beschlossen, dass es stationäre Kontrollen an den Grenzen der Bundesrepublik zu Polen und Tschechien gegen „irreguläre Migration“ geben soll. Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Behörden der beiden Länder wurden schnell in die Wege geleitet; der deutsche Imperialismus arbeitet kontinuierlich daran, das Recht auf Asyl erheblich zu beschränken, und dabei unter anderem die Migranten mehr „vorzusortieren“, noch bevor sie ins Land kommen. Nur zwei Tage nach Faesers Ankündigung machte die Bundesregierung ganz in diesem Lichte publik, der reaktionären Reform des europäischen Asylsystem nicht im Wege zu stehen – ganz gleich, wie stark diese den im Koalitionsvertrag gelegten „Leitlinien“ zuwiderläuft. Ein „Machtwort des Kanzlers“ habe auch die internen Widersprüche der grünen Partei für einen Moment verstummen lassen, in der sich, während sich unter anderem Baerbock und Habeck längst von dem „fortschrittlichen Kurs“ verabschiedet haben, eine Fraktion um Ricarda Lang noch weiter formal gegen die Reform stellt. Die jahrelang von der AfD vorgegebenen Parolen haben sich ohnehin über die ganze Breite des kriselnden Parlamentarismus verbreitet, beispielsweise bis hin zur Linkspartei und ihrer größten Festung in Thüringen, wo der „linke“ Ministerpräsident Bodo Ramelow das Land „am Limit“ sieht und Maßnahmen fordert. Bei Faesers Beschluss ist natürlich auch im Kopf zu behalten, dass am 8. Oktober in Hessen – genau wie in Bayern, wo die Parteien der Ampelkoalition, deren mediale Kampagne gegen den Nazi Aiwanger zur Spaltung des CSU/Freien-Wähler-Bündnisses offenbar wenig Erfolg gezeigt hat, auf Wahlkampfveranstaltungen mit Eiern und Steinen beworfen werden – die Landtagswahlen anstehen, und Faeser als Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten einen großen Rückstand in den Prognosen noch aufzuholen hat.

Neben dem ungeheuren Maß an imperialistischem Chauvinismus, der innerhalb der neuen angeblichen „Migrationskrise“ verbreitet wird – siehe Friedrich Merz und seine Kommentare über die Zahnarztbesuche –, muss die millionenfache Ausnutzung von Migranten, um den angeblichen „Fachkräftemangel“ zu bekämpfen, d.h. um den Lohn und die Lebenssituation der Arbeiterklasse als Ganzes zu senken, höchste Beachtung finden. Gleichzeitig zur Ausbeutung der Migranten werden aus der deutschen Wirtschaft, die sich in einer Rezession befindet, Forderungen nach dem Industriestrompreis und in Bereichen auch nach einer Vier-Tage-Woche, die eine Vernichtung von Produktivkräften durch die Reduzierung der Arbeitszeit, und damit eine Senkung des Lohns bedeutet, laut. Die gelben Gewerkschaften versuchen in diesem Zuge, die Arbeiter für diese beiden Punkte, die im Interesse des deutschen Imperialismus stehen, auf die Straße zu bringen bzw. ihren Kampf in diese Richtung zu lenken. Doch dass das nicht die Forderungen der Arbeiter sind, zeigt sich jeden Tag aufs neue, nicht zuletzt in den Protesten der Hamburger Hafearbeiter gegen die Privatisierung der HHLA, über die wir diesen Monat berichten. Der Kampfgeist der Hamburger Arbeiter dort unterschied sich kein bisschen von jenem, den dieselben diesen Monat vor 100 Jahren auf die Straße brachten.

Was uns zum abschließenden Punkt bringt – Hamburg wird diesen Oktober ein Hauptschauplatz des Klassenkampfes in der BRD. Zuerst finden am 3. Oktober die Feierlichkeiten des deutschen Imperialismus zum Jahrestag der Annektion der DDR in Hamburg statt – ein Heimspiel für den Gangster-Kanzler – und am 23. Oktober wird dann das Proletariat ein sehr wichtiges Jubiläum feiern, nämlich 100 Jahre Hamburger Aufstand. Die alten Barrikaden leben – und wir wollen auch an dieser Stelle noch einmal den Aufruf zur Demonstration des Roten Bundes, dessen Arbeit wir auch diese Ausgabe etwas näher beleuchten werden, teilen – an diesem Tag um 18 Uhr am Bert-Kaempfert-Platz in Hamburg-Barmbek.

Eure RoPo-Redaktion

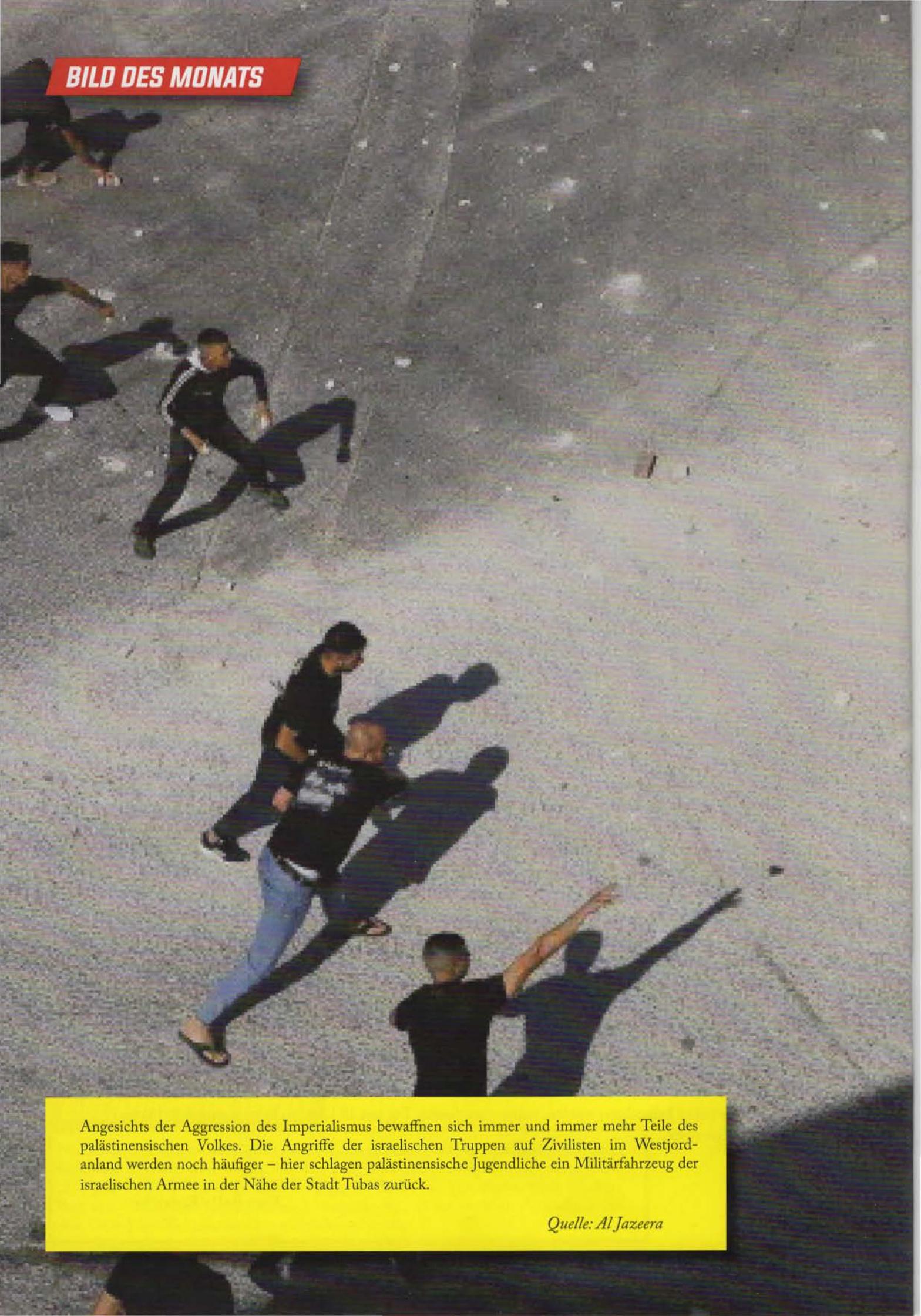


BILD DES MONATS

Angesichts der Aggression des Imperialismus bewaffnen sich immer und immer mehr Teile des palästinensischen Volkes. Die Angriffe der israelischen Truppen auf Zivilisten im Westjordanland werden noch häufiger – hier schlagen palästinensische Jugendliche ein Militärfahrzeug der israelischen Armee in der Nähe der Stadt Tubas zurück.

Quelle: Al Jazeera



STELLUNGSKRIEG IN DER UKRAINE



Die wahre Flagge des Landesverrätters

Der Krieg des russischen Imperialismus gegen die Ukraine dauert nun länger als anderthalb Jahre an. Nun findet gerade die – in bürgerlichen Medien propagandistisch aufbereitete – Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte statt. Diese Gegenoffensive führte aber bis jetzt zu keinen großen Landgewinnen und Wiedereroberungen ukrainischen Territoriums vom russischen Imperialismus. Auch in naher Zukunft ist nicht damit zu rechnen, dass sich an dieser Situation etwas grundlegend ändert. Sowohl die Kriegsbemühungen des russischen Imperialismus als auch die Rückeroberungsversuche der Ukraine haben sich bisher nicht weiter entfalten können, und die Dynamik ist in einem Stellungskrieg gefangen.

Die ukrainische Regierung um Selenskyj ist und wird nicht in der Lage sein, selbstständig die russischen Invasoren aus der Ukraine rauszuwerfen. Die Ukraine ist halbkoloniales Land und sowohl wirtschaftlich als auch militärisch zutiefst vom Imperialismus, heute hauptsächlich vom Yankee-Imperialismus, abhängig, und es ist die Selenski-Regierung, welche diese Abhängigkeit weiter vertieft und als Vaterlandsverkäufer agiert. Groß wird durch die Selenski-Regierung der reaktionäre Nationalismus aufgeblasen und faschistische Formationen und Organisationen genutzt, um die Massen im Kampf gegen die russischen

Imperialisten zu mobilisieren. Dies tut die Selenskyj-Regierung jedoch auf der Grundlage, die Ukraine im gleichen Atemzug an die anderen Imperialisten, wie die USA, Großbritannien und Deutschland zu verkaufen und seine Abhängigkeit noch mehr zu vertiefen. Das ist keine nationale Befreiung des ukrainischen Volkes vom Imperialismus, sondern eine Wechsel der Dominanz vom russischen Imperialismus zum Yankee-Imperialismus und anderen Imperialisten aus der westlichen Hemisphäre.

Militärisch passiert trotz der Propaganda in den verschiedenen Medien nicht viel, außer den regelmäßigen ukrainischen Drohnenangriffen auf Moskau und die Scharmützel durch Grenzoperationen von ukrainischen und russischen Faschisten unter der Federführung des ukrainischen Militärgeheimdienstes. Diese Angriffe sind können propagandistisch spektakulär ausgeschlachtet werden. Auf der einen Seite schwächen sie die Kampfmoral der russischen Truppen und strafen Putins Lügen über die „Unangreifbarkeit“ Russlands, auf der anderen Seite tragen sie auch in der russischen Bevölkerung dazu bei, zu verstehen, dass es sich hierbei nicht um eine „militärische Spezialoperation“ handelt, mit der sie nichts zu tun haben, sondern um einen Angriffskrieg des russischen Imperialismus im Nachbarland. Diese Aktionen sind jedoch für den realen Kriegsverlauf im

Kampf um die nationale Befreiung vom russischen Imperialismus nicht von größerem Nutzen und bringen keinerlei Landgewinne. Auch der spektakuläre Angriff auf das Hauptquartier der Schwarzmeer-Flotte ist davon keine wirkliche Ausnahme.

Inzwischen laufen die gewohnten Diskussionen und Beratungen über die Lieferung von weiteren Waffensystemen an die Selenskyj-Regierung zwischen den Nato-Staaten weiter. Die Lieferung neuer Waffensysteme werden jedoch wahrscheinlich keinen neuen großen Impuls entfalten können. Nun haben die USA zwar im August der Niederlande und Dänemark grünes Licht gegeben, amerikanische F-16-Kampfflugzeuge an die Ukraine weiterzugeben, es bleibt aber sehr zweifelhaft, ob dies die russische Lufthoheit brechen kann, denn wenn es ein Kampfflugzeug gibt, in dessen Bekämpfung russische Piloten ausgebildet worden sind, dann sind es amerikanische F-16. Zusätzlich wurden der Selenskyj-Regierung kürzlich bis Ende des Jahres 40 modernisierte Marder-Schützenpanzer sowie insgesamt über 1,2 Millionen Schuss Munition für Handfeuerwaffen, Artillerie und Panzer alleine aus Deutschland geschickt. Diese Materiallieferungen dienen jedoch in erster Linie zur Ersetzung von zerstörtem Material und haben im Krieg keine besonders lange Lebensdauer. Diese Lieferungen dienen also eher dazu, die ukrainischen Kampf Bemühungen am Laufen zu halten, aber nicht, um diesen zum Sieg über den russischen Imperialismus zu verhelfen.

Dass der Ukraine jedoch in ihrer Gegenoffensive „trotz“ der Waffenlieferungen keine relevanten Landgewinne möglich sind, liegt ganz im Interesse des US-Imperialismus. Dieser verfolgt nach wie vor die Strategie, den russischen Imperialismus in seinem Krieg gegen die Ukraine in einem „War of Attrition“ zu halten, also einem Abnutzungs- und Erschöpfungskrieg, in dem der russische Imperialismus über lange Zeit seine materiellen Ressourcen und Volk verheizen muss, seine Wirtschaft geschwächt ist und die inneren Widersprüche in Russland weiter verschärft werden. Deswegen werden der Selenskyj-Regierung gerade genug Waffen und Munition geliefert, damit der russische Imperialismus keine weiteren Gewinne realisieren, der Krieg aber weiter um diesen Zustand aufrechterhalten werden kann, der Russland weiter schwächt.

Der russische Imperialismus auf der anderen Seite hat es zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls nicht geschafft, einen Entscheidungsschlag im Kriegsverlauf zu seinen Gunsten zu schaffen. Die inneren Widersprüche in

Russland verschärfen sich immer weiter. So wird es für die Massen im Allgemeinen kein akzeptabler Zustand sein, wenn weiterhin zehntausende russische Väter und Söhne ohne ausreichende oder gar keine Ausbildung und Material als Kanonenfutter verheizt werden. Die Probleme innerhalb der russischen Bourgeoisie haben sich u.a. darin gezeigt, auf welche Weise die russischen Streitkräfte unter ein einziges Kommando gestellt wurden. Der „Marsch auf Moskau“ war kein Putschversuch von Wagner-Chef Prigoschin, sondern ist Ausdruck der Krise des russischen Imperialismus, welcher im andauernden Abnutzungskrieg in der Ukraine auf ganzer Strecke versagt, seine einstmals gesteckten Kriegsziele zu erreichen. Aufgrund dieses Versagens des russischen Imperialismus musste also ein Kampf darum stattfinden, wer im Zuge der notwendigen Zentralisierung aller Staatsressourcen das alleinige Oberkommando über die russischen Streitkräfte inne hat. Der russische Imperialismus kann sich weder in Fragen der Ressourcen noch politisch miteinander konkurrierende Streitkräfte leisten. Diese Sache hat sich dann auch endgültig mit dem Tod von Prigoschin erledigt, über den kaum jemand mehr redet. Die Zerwürfnisse und Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse in Russland sind damit aber nicht aufgelöst, sondern werden sich im Gegenteil immer weiter verschärfen, je länger der Krieg andauert und sich die Krise der russischen Wirtschaft weiter vertieft. Dies führt auch dazu, dass der russische Imperialismus aufgrund der wirtschaftlichen Sanktionen und politischen Isolation immer weiter in eine asymmetrische Beziehung zum chinesischen Sozialimperialismus gerät und allerlei Deals abschließt, welche ihm ermöglichen, zu versuchen, die politische Isolation auf Weltebene zu durchbrechen. Ein spannendes Manöver an dieser Stelle ist Initiative der Brics+.

Diese Situation lässt sich mittelfristig nicht ändern, bis der russische Imperialismus gezwungen ist, eine größere militärische Initiative zu machen, um eine Entscheidung zu seinen Gunsten in der Ukraine zu erreichen. Dies bedeutet auch eine rücksichtslosere Kriegsführung in der Ukraine, inklusive dem flächendeckenden Bombardement von Städten zu Trümmern, wie er es auch in Syrien gemacht hat. Für die Völker in der Ukraine und in Russland bedeutet das nur noch mehr die Notwendigkeit, gegen diesen imperialistischen Krieg zu kämpfen und jegliche imperialistische Einmischung zurückzuschlagen, egal ob sie vom Yankee-Imperialismus, dem deutschen Imperialismus oder dem russischen Imperialismus ausgeht. •

LANDAUF, LANDAB – DER ROTE BUND

Seit der Gründung des Roten Bunds Ende März diesen Jahres haben die Aktivisten des Roten Bunds im ganzen Land einiges an Arbeit geleistet, auf das sie zu Recht stolz sein können. Darum haben wir uns entschieden, hier einmal eine Zusammenstellung der verschiedenen durchgeführten Aktivitäten darzustellen. Wir wollen die Gelegenheit natürlich aber auch dafür nutzen, um noch einmal die Werbetrommel für die Demonstration am 23. Oktober in Hamburg zu rühren.

Nach seiner Gründung führte der Rote Bund Veranstaltungen in verschiedenen Städten durch, vom hohen Norden bis in den tiefsten Süden, von Ost nach West. So wurde u.a. in Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Nürnberg, Freiburg, Leipzig, Berlin und Essen dem interessierten Publikum dargestellt, wie der Rote Bund sich selbst versteht und welche Rolle der Rote Bund in der aktuellen Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD spielt und künftig spielen wird. Aktivitäten der letzten Jahre, die von den verschiedenen Kräften, aus denen der Rote Bund hervorgegangen ist – bundesweit, regional und auch lokal – durchgeführt wurden, wurden ebenfalls präsentiert und auch das internationale Panorama wurde beleuchtet.

Unter den durchgeführten Aktionen am 1. Mai in rund einem Dutzend Städte, ist die Demonstration „Kämpft und wehrt euch gegen die Teuerungswelle und Militarismus!“ und das anschließende Fest im Bremerhavener Goetheviertel besonders bemerkenswert. Viele Anwohner kamen vorbei, halfen mit,

1. Mai 2023 in Bremerhaven



Fußballturnier in Gedenken an Adel 2023

und es wurden angeregte Diskussionen geführt. Es gab auch ein kulturelles Programm, bei dem unter anderem türkische Volkslieder gespielt wurden. Unterschiedliche Generationen des Viertels, Kommunisten und Massen, feierten Seite an Seite einen wunderschönen Kampftag der Arbeiterklasse.

Am 18. Juni diesen Jahres wurde das 2. jährliche Fußballturnier in Gedenken an den von deutschen Polizisten ermordeten deutsch-algerischen Arbeiter Adel B. Im Essener Arbeiterviertel Altendorf gemeinsam von der Initiative Gerechtigkeit für Adel und dem Roten Bund durchgeführt. Auf dem Ehrenzeller Platz, einem sehr belebten Platz im Viertel, an dem auch sonst Kinder und Jugendliche Fußball spielen, kämpften die vierköpfigen Teams rund drei Stunden lang im Turnier um den Sieg, wobei durchgängig ein Kulturprogramm mit revolutionärer und fortschrittlicher Musik auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Arabisch, Spanisch und Portugiesisch lief. Es wurden Reden gehalten, in denen der Schwerpunkt darauf gelegt wurde, die Spaltung der Arbeiterklasse in unterschiedliche Nationalitäten und Herkünfte zu denunzieren, und es wurde dazu aufgerufen, dagegen gemeinsam die Reihen zu schließen und organisiert zu kämpfen. Dies wurde während der gesamten Veranstaltung mit den Teilnehmern, vor allem den Eltern und älteren Jugendlichen, stark diskutiert, und stieß auf viel Zuspruch. Das Bewusstsein und die Haltung, dass man zusammen kämpfen muss und man keine Geschenke „von oben“ zu erwarten hat, zog

sich durch die gesamte Veranstaltung hinweg durch. Dass die gesamte Veranstaltung einen Charakter nach dem Motto „von Altendorfer, für Altendorfer“ und keine „Dienstleistung“ von Außen für die Bewohner des Viertels war, zeigt die Verankerung in den Massen, die die Genossen des Roten Bunds dort mit ihrer Arbeit erkämpft haben.

Manchmal sind es aber auch die kleinen Dinge, die eigentlich groß sind. Dies zeigt die Veranstaltung „Die wachsenden Kämpfe der Bauern in Lateinamerika – Widerstand in Ecuador, Brasilien und Mexiko“, welche der Rote Bund kürzlich in den Berliner Mehringhöfen durchführte. Bereits die Ankündigung sorgte für Aufsehen, mexikanische Genossen erklärten öffentlich, dass sie sich auf den Bericht zur Veranstaltung freuen würden. Nach der erfolgreichen Durchführung berichteten die gleichen Genossen in Mexiko über die Veranstaltung in Berlin in ihren Kurznachrichten zum Wochenstart auf ihrer Website. Wenn die geleistete Arbeit solche Anerkennung von solchen Genossen findet, dann bestärkt das die Aktivisten natürlich in ihrem Streben. Aber mehr noch zeigt diese „Kleinigkeit“, dass der Rote Bund den Internationalismus, die Gesinnung des Kommunismus, wirklich verkörpert.

Dass der Rote Bund auch in der Konfrontation mit der Reaktion besteht, konnten seine Aktivisten vor Kurzem in Köln unter Beweis stellen. Dort sollte ein sogenannter „Marsch für das Leben“, eine widerliche Inszenierung, welche direkt gegen die körperliche Selbstbestimmung von Frauen und ihr Recht auf Abtreibung kämpft, stattfinden. In einem anderen Teil dieser Zeitung wird dargestellt, um was für Gestalten es sich dabei handelt. Tatsächlich fand dieser erste „Marsch für das Leben“ in Köln statt. Er wurde aber am Kölner Heumarkt aufgehalten und zur Umkehr gezwungen. Dort standen die Aktivisten des Roten Bundes in den ersten Reihen, als dieser Sieg erkämpft wurde.

Im Oktober jährt sich der Hamburger Aufstand zum 100. Male. Der Rote Bund veranstaltet am 23. Oktober in Hamburg die zentrale Demonstration in Erinnerung an diesen wichtigen Kampf des deutschen Proletariats unter der Führung der KPD. Innerhalb der dazu entfalteten Kampagne haben die Genossen unter anderem das Buch „Hamburg auf den Barrikaden“ von Larissa Reissner veröffentlicht.



100 Jahre Hamburger Aufstand sind Teil der revolutionären Geschichte unserer Klasse. Sie können darum nicht den Geschichtsfälschern der Bourgeoisie überlassen werden. Das Gedenken an den Aufstand in Hamburg vor 100 Jahren ist keine einfache Geschichtslektion, sondern eine lebendige Erfahrung der Arbeiterklasse von großer Bedeutung. Gegen die ideologischen und politischen Kampagnen des Klassenfeindes muss unsere Geschichte immer wieder theoretisch und praktisch behauptet werden. Heute wie damals steht die Arbeiterklasse in diesem Land und dem Rest der Welt vor der Aufgabe, die Macht zu erobern, das herrschende System zu zerschlagen und eine neue Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen. Überall auf der Welt bereitet sich die Arbeiterklasse, zusammen mit ihren engsten Bundesgenossen, auf einen neuen Ansturm auf die Macht vor, neue Revolutionen befinden sich in vielen Ländern in Vorbereitung, die sich künftig zu einem großen Sturm vereinen werden.

100 Jahre Hamburger Aufstand sind ein Grund zu feiern, ein Grund zu lernen und ein Grund, noch entschlossener vorwärts zu gehen im Kampf für eine neue Welt.

Für eine leuchtend rote Zukunft!

**Hamburg | 23. Oktober | 18 Uhr |
Bert-Kaempfert-Platz (vor dem
Museum der Arbeit) | U/S Barmbek**



HÄUSLICHE GEWALT: NEGATIVSCHLAGZEILEN UND PERSPEKTIVEN



Man kann nicht wissen, was sich hinter der Fassade verbirgt

Es ist kein Geheimnis, dass es häusliche Gewalt gibt, und dass sie eine dominierende Rolle in den Leben vieler Frauen spielt. Es kennt doch jeder irgendeine Betroffene. Dabei ist die Spanne dessen, was alles als häusliche Gewalt zählt, groß: von Bedrohungen und Beleidigungen bis hin zum Mord an der eigenen Partnerin. Alles, was an Gewalt in einer Beziehung passiert, zählt als häusliche Gewalt. In der Regel passiert das natürlich hinter verschlossenen Türen, was die Isolation und Hilflosigkeit der Frauen verstärkt. Die Täter sind dabei der eigene Partner oder Ex-Partner oder Familienangehörige.

ZUNAHME IM LETZTEN JAHR UM 9,4 PROZENT

Laut einem Medienbericht des Bundeskriminalamtes vom Sommer dieses Jahres gab es 2022 eine Zunahme von häuslicher Gewalt um 9,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Bereich sexuelle Gewalt hat es sogar einen Anstieg um 20 Prozent gegeben.

Die Jahreszahlen bieten natürlich eine prima Gelegenheit, das Ganze einfach auf die damalige Corona-Pandemie und die vermehrte Zeit zuhause zu schieben. Aber die Zahlen zeigen, dass auch nach den Beschränkungen die gemeldeten Gewalttaten weiter hoch bleiben.

Wie so oft lassen die Umsetzungen von Versprechen im Koalitionsvertrag (Bau von mehr Frauenhäusern und die verlässliche Finanzierung davon – auch wenn absurd ist, dass Frauen sich vor Gewalttätern verstecken sollen; man stelle sich eine ähnliche Handhabung z.B. bei Banküberfällen vor) auf sich warten, wenn sich nicht sogar das komplette Gegenteil entwickelt hat. In diesem Fall wurden die Mittel in den Ausbau im Bundeshaushalt 2023 sogar um 10 Millionen Euro gekürzt, von 30 Millionen auf 20 Millionen. Gerechtfertigt wurde das mit der Argumentation, dass das Geld ohnehin nie ganz genutzt werden würde. Kurze Zeit später musste dann aber ein Förderstopp beschlossen werden, weil kein Geld mehr übrig war.

FEMIZID IM LIVESTREAM

Ein besonders schwerwiegender Fall von Partnerschaftsgewalt hat es kurz nach der Veröffentlichung dieses Medienberichts in die Nachrichten geschafft. Es geht um den Mord an einer 38-jährigen Frau aus Bosnien-Herzegowina, die von ihrem Ex-Mann nach brutalster Misshandlung vor laufender Kamera im Livestream ermordet wird. Während zu dem Zeitpunkt rund 12.000 Menschen auf Instagram zuschauen, beendet er mit den Worten „Gleich werdet ihr einen Mord live erleben“ das Leben der Frau, indem er sie nach stundenlanger schwerster Misshandlung erschießt. Oberkörperfrei, um seinen trainierten Körper in Szene zu setzen. Im Hintergrund ist das Geschrei des Kindes zu hören.

Tage davor ist die Frau mit ihrem kleinen Kind aus dem gemeinsamen Haushalt geflohen, da sich die Gewalttätigkeit des Mannes ihr gegenüber zugespitzt hat. Vergeblich hatte sie anschließend eine einstweilige Verfügung beantragt, damit er sich ihr nicht mehr nähern kann. Angeblich hätte das Gericht nicht genug Beweise, um den Antrag zu bewilligen, heißt es auf Seiten des Gerichts. Aber es kommt noch „besser“: anstatt die Frau zu beschützen, gibt die Polizei auch noch ihre aktuelle Wohnadresse heraus. Eine Beamtin, die wohl eine Affäre mit dem Mörder hatte, hat wahrscheinlich den Aufenthaltsort der Betroffenen verraten. Dieser war ausschließlich der Polizei bekannt. Nach dieser heftigsten Ausdrucksform von patriarchaler Gewalt gab es Demonstrationen im ganzen Land gegen Gewalt an Frauen, zu denen tausende Frauen erschienen sind.

FRAUENBÜNDE IN CHINA

So belastend diese Geschichten für uns auch sind, es gibt auch Perspektiven und historische Teilsiege. In China gab es in den 1940er-Jahren interessante Ansätze, mit dem Problem der Gewalt gegen Frauen umzugehen, für die es sich lohnt, genauer hinzusehen. Vor der Revolution, die dann in den Sozialismus geführt hat, ist das Patriarchat in China feudal aufgetreten. Junge Mädchen wurden schon früh zwangsverheiratet mit völlig fremden, oft viel älteren Männern, denen sie dann ein Leben lang dienen mussten. Ihr Alltag war geprägt von Schlägen, Erniedrigungen, Vergewaltigung und Verstümmelung

durch das Binden der Füße. Das war Normalität. Doch als die revolutionäre Armee in die entlegensten Dörfer Chinas kam, haben sich die Dinge grundlegend geändert. Die Frauen haben die Aufgabe bekommen, Frauenbünde zu gründen, die von da an die alltäglichen Probleme im Patriarchat selber gelöst haben und die Frauen in den Reihen der Revolution organisiert haben. In der Frage der Gewalt in der Ehe hatten sie z.B. keine Scheu, in einer großen Gruppe zum Wohnort des Ehemannes zu gehen, und ihn dazu zu bewegen – mit welchen Mitteln auch immer – vor ein Frauengericht zu gehen, wo auf Grundlage seiner Gewalttaten über seine Zukunft entschieden wurde. Danach war es deutlich schwerer, unbeachtet und unbestraft Frauen zu misshandeln, denn es gab Untersuchungsabteilungen zur Ermittlung in Fällen der schlechten Behandlung, Versammlungen, die als Gerichte funktioniert haben und natürlich die ausführende Gewalt selbst.

Den Ehemännern, Vätern und Schwiegervätern wurde dabei immer eine zweite Chance gegeben, in dem Wissen, dass man 3000 Jahre Unterdrückung nicht so schnell aus den Köpfen kriegt und man die Menschen in der neuen Gesellschaft erst mal in einem langwierigen Prozess neu erziehen muss.

Was den Frauen auch bewusst war, war, dass solche Verbesserungen der Lebenssituation alleine als Einzelperson nicht zu erreichen sind. Das war nur möglich, weil die Frauen vereint gehandelt haben und sich gegenseitig durch die Gruppe geschützt haben. Außerdem waren die Frauenbünde nicht alleine in der Lage, die Frauen zu befreien, sondern die Revolution, geführt von der Kommunistischen Partei, hat die Basis für den Kampf der Frauen um ihre Befreiung geschaffen.

Die grundlegenden Lehren dieser und weiterer Epochen des Kampfes der Frauen, als Teil der revolutionären Bewegungen, müssen wir Frauen hier und heute annehmen und anwenden, um kollektiv gegen die kollektive Gewalt, die uns buchstäblich entgegen schlägt, zu kämpfen. •

AUSSTELLUNG VON KRIEGSVERBRECHEN IM UNI FOYER – WIE DIE HERRSCHENDEN VERSUCHEN IHRE VERBRECHEN ZU RECHTFERTIGEN

Vom 4. bis zum 16. September fand im Foyer des Hauptgebäudes der Humboldt Universität (HU) eine Ausstellung mit dem Namen „Russian War Crimes“ statt. Dabei wurden Fotos von Kriegsfolgen ausgestellt, mit dem Ziel, das tägliche Leid des ukrainischen Volkes zu instrumentalisieren. Diese Ausstellung wurde vom ukrainischen Multimilliardär Victor Pinchuk finanziert.

Am Abend des 4. September eröffnete die HU-Präsidentin Julia von Blumenthal die Ausstellung „Russian War Crimes“ im Foyer der Humboldt Universität. Julia von Blumenthal trat das Amt als Universitäts-Präsidentin vor ungefähr einem Jahr an. Sie promovierte im Jahr 2001 an der Universität der Bundeswehr Hamburg (heute Helmut-Schmidt-Universität). In ihrer Rede forderte sie, dass in der Öffentlichkeit wieder vermehrt Bewusstsein für die Situation in der Ukraine geschaffen werden sollte. Laut ihr soll die Ausstellung dafür einen Beitrag leisten.

Die Fotoausstellung zeigte Bilder von toten Menschen und zerstörten Gebäuden, und auch Überlebenden, die inmitten dieses Geschehens verzweifeln. Die HU macht in einer Mitteilung auf ihrer Website deutlich, was hier vermeintlich dargestellt werden soll: *„Russian War Crimes‘ zeigt fotografische Beweise russischer Gräueltaten in der Ukraine. Im Zentrum stehen die Schicksale der Opfer zahlreicher Kriegsverbrechen.“*. Die Infokarte, welche am Anfang der Ausstellung stand, trug die Überschrift *„Unvollständige Karte der Russischen Kriegsverbrechen“*. Hier wurden die 10.926 Zivilisten, bei denen bis zum bisherigen Zeitpunkt der Tod bestätigt wurde, nach Regionen aufgelistet. Die Daten stammen von Amnesty International und der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft. Jedoch wurde hier nicht unterschieden, ob es sich um Getötete durch die russische oder die ukrainische Armee handelt. Diese Undurchsichtigkeit zog sich durch die gesamte Ausstellung. Die Infotexte zu den Fotos gaben nur wenige Informationen, und es wurden auch Bilder ausgestellt, bei denen dadurch nicht klar war, wer genau an der Zerstörung Schuld ist, wie beispielsweise bei vielen Wohngebäuden. Am Ende der Ausstellung wurde ein ca. zehn Minuten langes Video abgespielt, bei dem mehrere Fotos pro Sekunde, mit dem gleichen

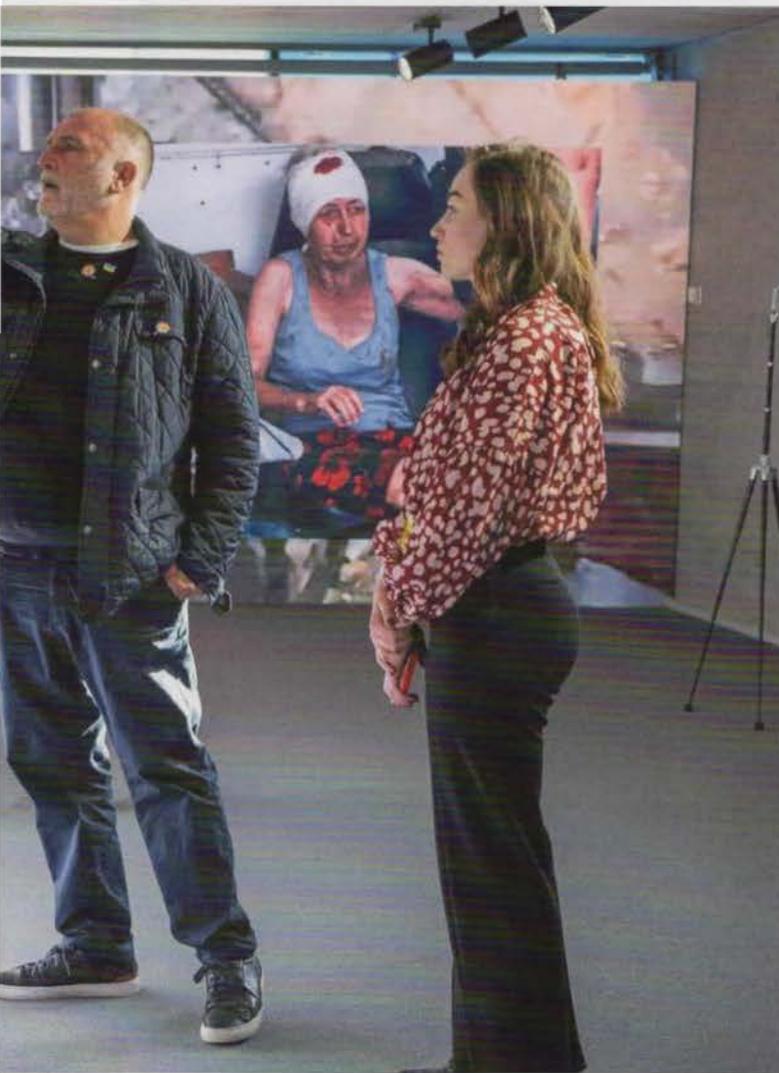
Inhalt wie oben beschrieben, gezeigt wurden. Die Tonspur war ein Zusammenschnitt von Gesprächen von mutmaßlichen Soldaten auf Russisch, bei dem sich über den Tod der Zivilisten gefreut wurde.



Werbefeld für die Ausstellung, welches von der HU verbreitet wurde

Es kann nicht oft genug klargestellt werden, dass der Krieg in der Ukraine ein Angriffskrieg des russischen Imperialismus gegen ein unterdrücktes Land ist. Die Ukraine hat ein Recht auf Unabhängigkeit und nationale Souveränität. Es wurde bei dieser Ausstellung jedoch darauf abgezielt, den Eindruck zu erwecken, dass es bei diesem Krieg nur einen Schuldigen gibt. Was hierbei überhaupt keine Beachtung fand, waren die ebenso verwerflichen

Verbrechen der ukrainischen Armee und der faschistischen Milizen, wie dem Asow-Batallion, an der Zivilbevölkerung, welche vom ukrainischen Regime im Dienste der Interessen von anderen imperialistischen Mächten, vorrangig dem Yankee-Imperialismus, begangen wurden. Deshalb war es für die Ersteller der Ausstellung auch eher nebensächlich, was genau auf den Fotos abgebildet wurde, hauptsächlich die Bilder schockieren und dienen somit der Agenda, das „alles gerechtfertigt“ ist, um das Leid der Menschen in der Ukraine zu stoppen.



Sieht man sich die Worte der HU-Präsidentin in diesem Licht an, wird die politische Agenda hierbei recht deutlich. Und hier schlossen sich auch ihre Nachredner an, wie beispielsweise die Vize-Bundestagspräsidentin Katrin Göring-Eckhard (Grünen). Der Stifter der Ausstellung, Viktor Pinchuk, hatte auch noch einige Worte zu verlieren. Das von ihm gegründete Pinchuk Art Centre erstellte diese Ausstellung. Pinchuk selbst beschreibt sich als

„Businessman und Philanthrop“. Der milliarden-schwere Oligarch war selbst Mitglied des ukrainischen Parlaments von 1998 bis 2006 und ist verheiratet mit der Tochter des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kuchma. In einem Artikel der Zeitung Forbes äußerte er 2014, dass er es gut finden würde, wenn die Ukraine „Europäische Werte“ annehmen würde, ohne in die EU einzutreten, und dass die Ukraine „ohne Russland nicht erfolgreich“ sein kann. Sein Reichtum basierte sich da noch auf den Handel mit Russland. Nun appellierte er in seiner Rede daran, „mehr Waffen zu schicken und sehr viel schneller“. Gegen ihn stehen mehrere Korruptionsvorwürfe im Raum, und es ist auch in diesem Fall nicht abwegig, dass er durch seine Verstrickungen in die Politik durch Waffenlieferungen profitieren würde.

Es gab eine Protestaktion, die in den bürgerlichen Medien zur Sprache kam: Eine trotzkistische Studententruppe verteilte Flugblätter und veröffentlichte mehrere Artikel zu dem Thema, worin sie jedoch mit dem russischen Imperialismus kuschelten, und insbesondere der hauptsächliche Widerspruch, nämlich der zwischen der Ukraine als ein unterdrücktes Land und Russland als ein imperialistisches Land, zur Nebensache gemacht und dadurch die Interessen des russischen Aggressors unterstützt wurden.

Diese Ausstellung wurde zuvor unter anderem schon im NATO-Hauptquartier in Brüssel, im Europäischen Parlament und bei der Münchener Sicherheitskonferenz gezeigt. Diese Ausstellung auch an eine der wichtigsten deutschen Universitäten zu bringen, zeigt, wen die Herrschenden versuchen, für sich zu gewinnen, nämlich junge Studenten (die für die Abgabe ihrer Anmeldeunterlagen direkt an der Ausstellung vorbei gehen mussten) und somit Teile der Intelligenz. Und das zeigt auch, dass wissenschaftliche Institutionen wie Universitäten in keinem Fall ein politisches Vakuum sind, die Wissenschaft nicht ‚frei‘ ist und die Herrschenden hier ebenfalls versuchen, ihre Interessen und Ideologie als Klasse durchzusetzen. Davon sind im übrigen nicht nur Gesellschaftswissenschaften betroffen, denn warum sollte sich das nur darauf beschränken? Man sollte also immer im Kopf behalten, dass auch „die Wissenschaft“ und Wissenschaftler einem Klasseninteresse dienen. •

HAFENARBEITER KÄMPFEN GEGEN DIE PRIVATISIERUNG DES HAFENS



Schon einmal dieses Jahr sorgte der größte Hafen Deutschlands für Schlagzeilen in der Presse, als Teile des Hamburger Hafens an den chinesischen Konzern Cosco Shipping verkauft wurden – ein Deal, der noch vom damaligen Bürgermeister und berüchtigtem Mafioso (und heutigem Bundeskanzler) Olaf Scholz eingefädelt wurde. Nun im September war der Hafen wieder Hauptgesprächsthema der Stadt. Der Grund: Die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) soll verkauft und privatisiert werden. Bislang war die HHLA zu 100 Prozent in Besitz der Stadt Hamburg. Sie betreibt drei der vier Containerterminals des Hafens und ist damit eines der umsatzstärksten Unternehmen Hamburgs.

Nun verkauften Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher und Finanzsenator Andreas Dressel (beide SPD), angeblich im Sinne der Stadt und der Hamburger, 49,9 Prozent seiner Anteile an den Konzern Mediterranean Shipping Company (MSC). MSC, mit Hauptsitz in Genf in der Schweiz, ist die derzeit größte Containerreederei der Welt.

Als Reaktion auf den Verkauf und die Privatisierung rief die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am 19. September zu einer Demonstration auf. Vor der HHLA-Zentrale in der Speicherstadt versammelten sich etwa 2.000 Menschen – Hafentarbeiter und Kollegen aus vielen anderen Bereichen.

Ein gutes Beispiel sind einige Hochbahner, die mit einem selbst gemalten Transparent mit der Aufschrift „Hochbahner solidarisch an eurer Seite!“ auftraten und im Laufe der Demonstration an mehreren Stellen den Busverkehr blockierten. Sogar Hafentarbeiter aus anderen Hafenstädten wie Bremen und Bremerhaven reisten zur Demo an und lebten ihre Klassensolidarität mit ihren Hamburger Kollegen. Auch Aktivisten des Roten Bundes beteiligten sich an der Demo und sprachen mit den Kollegen aus dem Hafen. Diese sprachen eine deutliche Sprache. So erzählt ein Kollege der HHLA: *„Die Belegschaft steht der Privatisierung sehr ablehnend gegenüber. Der Hafen spült so viel Geld in Kassen der Stadt. Dieses Geld ist dann futsch und fließt in die Kassen von MSC. Der Allgemeinheit, also den Hamburgern, sollte der Hafen gehören und auch das ganze Geld, das da gemacht wird.“*

Ein weiterer Kollege erzählt: *„Die große Mehrheit der Belegschaft ist ganz klar gegen die Privatisierung. Man sieht ja wie viele Leute heute hier bei der Kundgebung sind, alles bekannte Gesichter aus dem Hafen. Konzerne wie MSC, also die Privaten, sehen nur Profit, die wollen nur Geld abschöpfen und machen sich die Taschen voll. Und wir sollen auf einmal für die arbeiten und uns fragt keiner. Ich bin fast mein ganzes Leben im Hafen und hab nicht mehr lang bis zur Rente. Dass ich das noch erleben muss, ist traurig.“*

Die Stimmung bei den Hafentarbeitern ist eindeutig. Keiner will für MSC arbeiten und die Taschen der größten Containerreederei der Welt füllen. Dennoch darf man sich keine Illusion darüber machen, was die HHLA auch in Besitz der Stadt Hamburg war und bleibt: Ein (staats-)monopolistischer Konzern, der darauf ausgelegt ist, Profit zu machen und dafür die Arbeitskraft der Belegschaft ausbeutet. Nichtsdestotrotz ist der Kampf gegen die Privatisierung richtig! In vielen Fällen von Privatisierung wurden die Arbeitsbedingungen deutlich schlechter. Peter Tschentschers Versprechen, dass die Arbeitsverträge der Hafentarbeiter nicht angerührt werden, sind nichts als leere Worte, denen auch keiner im Hafen Vertrauen schenkt. Dazu kommt natürlich, dass erzielte Gewinne der HHLA der Stadt zukünftig an anderen Stellen fehlen werden. Das beschreibt auch der Kollege, den wir als Nächstes zitieren wollen:

„Ich selber bin gar kein Hafentarbeiter und bin aus Solidarität hier. Ich bin mittlerweile Rentner und habe früher beim Landesbetrieb der Krankenhäuser gearbeitet, der vor 20 Jahren von Asklepios gekauft und privatisiert wurde. Und damals haben sich alle Befürchtungen bestätigt und es ging nur noch um Profit und die Interessen der Angestellten und der Patienten fielen hinten über. Ich bin immer gegen Privatisierung, egal ob im Hafen, im Krankenhaus, bei der Bahn oder bei Wohnungen. Der Hafen hat mit seinen Gewinnen auch viele öffentliche Einrichtungen oder auch die Bücherhallen finanziert. Wo soll das Geld jetzt herkommen? Die ganze Sache jetzt geht, wie schon damals bei der Privatisierung der Krankenhäuser, meiner Meinung nach vor allem auf Kosten der Belegschaft, aber auch aller anderen Bürger von Hamburg.“

Die Wut, die über die Privatisierung herrscht, fand in der Demonstration einen klaren Ausdruck. Schon nach wenigen gelaufenen Metern nahm sie einen sehr kämpferischen Charakter an. Wieder und wieder wurden Bengalos und Böller gezündet. Als es am Hamburger MSC Standort vorbeiging, flogen einige Gegenstände und Böller gegen das Gebäude und auf die Polizisten, die es schützten. Angekommen am Ort der Endkundgebung stellte sich dann heraus, dass der Platz vorm Rathaus spontan von Senat und Polizei mit Bauzäunen abgesperrt wurde, um zu verhindern, dass die Hafentarbeiter direkt vor das Rathaus ziehen. Die Gewerkschaftsführung ließ dann vom Lautsprecherwagen verkünden, dass man das Vorgehen des Senats zwar „unverschämt“ fände, die Situation jetzt

aber so sei und man sich damit abfinden müsse. Die Kollegen sahen das anders. Dass 2.000 Hafentarbeiter nicht durch einen Bauzaun aufzuhalten sind, hätte der Senat auch vorher erahnen können. Und so kam es wie es kommen musste: Die Hafentarbeiter marschierten einfach über die Köpfe der Gewerkschaftsführung hinweg, in null Komma nichts war der Zaun zu Boden gerissen und die Arbeiter nahmen sich jubelnd und unter der Parole „Tschentscher ist ein Hurensohn, genau wie MSC!“ den Platz. Behelmte Hundertschaften der Polizei mit Kameras und Schlagstöcken stellten sich dann gegen die Arbeiter, um das Rathaus zu schützen. Noch eine ganze Stunde gingen die kämpferischsten Teile der Belegschaft auf Tuchfühlung mit den Bullen, riefen Parolen und ließen sich nicht wegdrängen. In einem Gespräch zwischen einigen Hafentarbeitern und den Aktivisten des Roten Bundes sagte ein Kollege: „Am liebsten würde ich direkt da rein laufen, scheißegal ob die Bullen da stehen. Ich würde den ganzen Laden auseinander nehmen, das ist so eine Schweinerei, was die machen!“ Ein anderer Kollege sagte darauf: „Wir sind doch viel mehr als die und alle kämpferprobt. Beim Streik letztes Jahr haben wir den einen Bullen doch auch durch die Gegend getreten, als der mit seinem Schlagstock so ausgerastet ist.“

Wir sehen mit dem Kampf der Hafentarbeiter gegen die Privatisierung der HHLA, dass die aktuellsten Entwicklungen des Klassenkampfes in der BRD eine große Kampfbereitschaft bei Teilen der Arbeiterklasse auslösen. Die Massen sind wütend auf die Konzerne, auf die bürgerliche Politik, ja grundsätzlich auf all das, was dieses System mit ihnen macht. Gewerkschaftsdemonstrationen, bei den es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt, hat es lange Zeit nicht gegeben, doch hier in Hamburg ist es nun schon das zweite Mal seit letztem Jahr, dass die Hafentarbeiter kämpfen und sich wehren. Hinzu kommt eine kapitulationalistische Gewerkschaftsführung, die sich immer weiter als verräterischer Müllhaufen enttarnt und weder den Notwendigkeiten des Klassenkampfes, noch den Forderungen der Arbeiter gerecht wird. Die Arbeiter wollen Kampf und sind bereit, sie überschreiten teils selbstständig, teils Seite an Seite mit Revolutionären die Grenzen des gesetzlich Erlaubten. Es liegt an den Kommunisten, diese Kämpfe in die Hand zu nehmen, anzuführen und dann tatsächliche Veränderung zu schaffen. •

SCHREIBT WAS HIERÜBER, DAMIT DAS ENDLICH MAL JEMAND MITBEKOMMT! – ROSTOCKER STRASSE UNTER WASSER



Im hinteren Teil des Bremer Arbeiterviertels Gröpelingen befinden sich die zwei Blocks des Wohnkomplexes an der Rostocker Straße. Die Anlage ist im Besitz der Immobilienfirma LEG aus Düsseldorf, die einen Jahresumsatz von über einer Milliarde Euro hat und über 146.000 Mietwohnungen in Deutschland verwaltet. Seit geraumer Zeit klagen die Anwohner hier darüber, dass die LEG die Häuser verfallen lässt. Müll, Schimmel und Wasser in den Gebäuden finden im Kontext der seit geraumer Zeit in Gröpelingen betriebenen „Stadtteilaufwertung“ eine neue Bedeutung, denn offensichtlich sind sie Mittel einer besonders dreckigen und widerwärtigen Strategie der LEG.

Seit einem Monat geht in Adelinas Haus der Fahrstuhl nicht mehr. In ihrem achtstöckigen Eingang des länglichen Blocks, so berichtet sie Aktivistin des Roten Bundes, die vor Ort Massarbeit betreiben, wohnen unter anderem Nachbarskinder mit schwerer Behinderung, die nun seit Wochen von ihren Eltern mühselig die Treppe hochgeschleppt werden müssen. „Da geht immer jemand ans Telefon, die sagen immer ‚wir schicken jemand‘, aber bisher noch keiner gekommen“,

beschwert sie sich gegenüber unserem Korrespondenten. In die andere Richtung sieht es nicht besser aus. Der Schimmel im Keller hat diesen Sommer noch einmal zugenommen, nachdem Ende Juni / Anfang Juli im Zuge der Unwetter viele Keller im Bremer Westen voll mit Wasser zuliefen. Die Anwohner in der Rostocker Straße konnten so oft anrufen und Bescheid geben, wie sie wollten – die LEG schickte niemanden vorbei, um die Keller leerzupumpen. Deshalb taten sich die Nachbarn nach kurzer Zeit zusammen und gingen gemeinsam mit Eimern runter, um die Sache selber in die Hand zu nehmen – laut Adelina eine mühselige Arbeit, die – zwischen Arbeit und den anderen täglichen Problemen gemacht – sich zwei Wochen lang zog, während sich der Schimmel ausbreiten konnte. „Wir helfen uns hier alle immer gegenseitig“, sagt Adelina über den Zusammenhalt der Nachbarn.

Zwischen den beiden sich gegenüberstehenden Blocks ist ein Spielplatz, Parkplatz und Müllcontainer, allesamt ziemlich vollgemüllt. Es gibt viel zu wenig Müllcontainer hier, was dazu führt, dass aus verstopften Klappen alles wieder rausfällt, dazu verteilt

sich mit dem Wind das, was eh schon daneben liegt, und die Ratten kommen. So etwas wie eine Reinigung des Außenbereiches gibt es nicht. Eine Nachbarin versucht, zu erklären: *„Aber die Kinder hier, die hier spielen, denen ist das ja auch egal, die schmeißen ja alles weg, einfach auf den Boden“*. Adelina entgegnet: *„Ja, aber guck doch – die machen hier überhaupt nicht sauber. Auch im Treppenhaus, da ist das so dreckig, dass der Putzdienst da erst gar nicht mehr richtig anfangen will. Warum sollten die Kinder sich etwas kümmern wenn eh schon alles vermüllt ist?“* Sie zeigt auf die Fassade: *„Guck doch, alles dreckig. LEG kümmert sich nicht. Die haben da unten angefangen zu streichen, 15 – 20 Meter, dann haben die einfach aufgehört. Guck dir an, wie das aussieht.“*

Seit einiger Zeit wirbt die Stadt und z.B. auch die Vonovia, die sehr viele Wohnungen im Stadtteil besitzt, vermehrt mit Zielrichtung Studenten für das Wohnen in Gröpelingen. „Die erste Wohnung“ als Ein- oder Zweipersonenhaushalt findet man am ehesten wohl hier, wo die Preise vergleichsweise noch niedrig sind. Aber Studenten sind nicht die einzigen. In den letzten Jahren sind auch einige Neubauten in Gröpelingen hochgezogen worden, wo sich Leute, die in diesem System zufrieden sein könnten, niedergelassen haben. Beides dient dazu, Gröpelingen „sozial zu durchmischen“, um zu verhindern, dass es hier bald auch so zugeht „wie in Frankreich“. Der Platz für Neubauwohnungen ist allerdings begrenzt, und besonders viele Studenten hat es auch noch nicht nach Gröpelingen verschlagen. Insofern ist es auch ein Mittel, alte Mieter zu verdrängen und für etwas höhere Mieten nach etwas Renovierungen neue Leute einziehen zu lassen. Wir berichteten des öfteren in der Roten Post über die Wohnsituation in der 300 Meter langen Wand in der Straße Wohlers Eichen in Oslebshausen am Rande Gröpelingens und die Verdrängung dort durch die Vonovia; und auch in der Rostocker Straße forciert die LEG tatsächlich einen Austausch. Unser Rote-Post-Korrespondent, der ebenfalls regelmäßig vor Ort ist, trifft vor dem Block zufällig auf einen Studenten, der gerade von einer Besichtigung für eine 1-Zimmer-Wohnung kommt – knapp 500 Euro warm, top renoviert, sauber. *„Der Mann von der LEG hat eine Menge erzählt“*, berichtet er. *„Die wollen hier wohl Stück für Stück sanieren, dass hier auch neue Leute einziehen können, weil es mit den jetzigen Mietern angeblich viele Probleme gibt. Die würden viel Müll produzieren und so weiter.“* Doch die Hauptschuld am Müllproblem hat die LEG, die das Gebäude verfallen lässt und zu wenig Container aufstellt,

selber. Die Vorwände für ihre Maßnahmen schaffen sie selber.

Adelina und ihre Freundinnen aus den Nachbarswohnungen haben noch eine Menge mehr zu erzählen. In der Wohnung eines Nachbarn kommt ohne sein Zutun Wasser aus dem Abfluss des Spülbeckens hoch, wenn die Nachbarsfamilien den Hahn öffnen. Das Becken ist mehrfach dadurch über- und die Küche vollgelaufen, die ganze Wohnung schimmelt, die Küchenmöbel sind durchweicht und nicht mehr nutzbar. Der Nachbar hatte sich in den letzten Monaten deswegen schon einmal eine neue angeschafft und eingebaut, die nun abermals hin ist. Denn die Verstopfung liegt offensichtlich weit hinter dem Siphon, und die LEG reagiert nicht auf die Hilferufe der ausgenutzten Bewohner. Die gesamte Wasserinstallation im Block ist ohnehin in katastrophalem Zustand. Bei vielen tropft es durch die Decke, bei Adelinas Nachbarin unter ihr kommt beispielsweise das Abflusswasser an, wenn sie duscht. In einem Großteil der Wohnungen gibt es Schimmel, obwohl die Bewohner nichts dafür können. Weder gegen die Ursachen noch die Folgen schickt die LEG jemanden vorbei. Adelina ist stinksauer: *„Das ist genug, das geht nicht, das stinkt! Die Kinder können krank werden! Das ist eine Katastrophe! Die meisten Leute arbeiten hier und zahlen selber ihre Miete. Man kann mit uns nicht umgehen als wären wir völlig egal.“*

Und während auch die dreckigen Wände im Treppenhaus seit Jahrzehnten auf einen Neuanstrich warten und laut Anwohnern drei Eingänge weiter der Strom auch schon mehrmals unangekündigt abends abgeschaltet worden sei, hat die LEG die Mieten in den letzten zwei Jahren laut Aussagen der Bewohner um durchschnittlich 120 bis 150 Euro erhöht. Die Worte des LEG-Manns scheinen sich zu bewahrheiten – und konkreter gesagt, ist die Methode der LEG für ihren „Austausch“ folgende: Die alten Bewohner „rauszuekeln“. Das ist der politische Beitrag der LEG, unsere Klasse in Gröpelingen auseinanderzubringen. Natürlich ist das dreiste Vorgehen der LEG an der Öffentlichkeit und an der bürgerlichen Presse vorbeigegangen. Aber Adelina und ihre Freundinnen freuen sich, als sie mit unserem RoPo-Korrespondenten reden: *„Ja mach das, unbedingt. Schreibt was hierüber, damit das endlich mal jemand mitbekommt!“* •

DIE KIRCHE NICHT IM DORF LASSEN.



In Deutschland treten immer mehr Menschen aus den Kirchen aus. Alleine in den Jahren 2021 bis 2022 traten 882.159 Menschen aus der katholischen Kirche aus. Aus der evangelischen Kirche traten 663.975 Menschen aus. Diese Zahlen bilden eine Tendenz von steigenden Kirchenaustritten seit dem Anfang des letzten Jahrzehnts. Diese Kirchenaustritte in Deutschland sind Teil der allgemeinen Zersetzung des Imperialismus, in dem die Masse der Menschen immer weniger Vertrauen in die Propaganda und Institutionen der Herrschenden haben, und in denen vor allem auch die verschiedenen Institutionen im Dienste der Bourgeoisie in ihrer Propaganda keine guten Antworten mehr auf die Probleme der Massen haben.

Dieses allgemeine Misstrauen in den Massen trifft dann auf immer größere Degenerationserscheinungen in der Kirche, die ans Tageslicht kommen. Im Besonderen sprechen wir hier von den unzähligen Fällen von sexuellem Missbrauch von Kirchenfunktionären gegenüber Kindern und Jugendlichen, welche gerade in den letzten Jahren medial allgegenwärtig waren. Zahlen zu diesem Thema zu finden ist eine schwierige Angelegenheit, was auch mit der Sonderrolle zu tun hat, die die Kirchen in der BRD nach wie vor inne haben. Allgemein ist es so, dass Fälle von sexuellem Missbrauch in der BRD nicht anzeigepflichtig sind. Das bedeutet, dass jemand, der mitbekommt, dass Kinder sexuell missbraucht werden, gesetzlich nicht dazu verpflichtet ist, das an die Polizei weiterzugeben, damit diese Ermittlungen aufnimmt und den Fall untersucht. Auf

diesen Umstand bauen die Kirchen, um die Fälle von sexuellem Missbrauch, den sie systematisch betreiben, professionell zu vertuschen.

In Nordrhein-Westfalen sind die Fälle von sexuellem Missbrauch vor allem mit einem Namen verknüpft – Rainer Maria Woelki. Woelki ist seines Zeichens Erzbischof von Köln und Kardinal der römisch-katholischen Kirche. Kardinalen haben die zweithöchste kirchliche Würde nach dem Papst. Woelki ist einer der zentralen Protagonisten in einem der größten Missbrauchskomplexe der letzten Jahre. Ihm wird seitens von Betroffenen sexueller Gewalt, Medien und sogar von Gläubigen-Organisationen die jahrzehntelange Vertuschung von Missbrauch und Vergewaltigung vorgeworfen. Ausgangspunkt dieser Anklagen ist, dass Woelki im Jahr 2018 als Reaktion auf eine interdisziplinäre Studie, die sexuellen Missbrauch in der katholischen Kirche untersucht hat, selber ein Gutachten in Auftrag gab, das die Dimensionen sexualisierter Gewalt in der Katholischen Kirche untersuchen sollte. Als die Ergebnisse dann fertig waren, weigerte sich Woelki, diese zu veröffentlichen, angeblich aufgrund von Methodenfehlern. Im Rahmen dessen folgte ein Eiertanz, warum der Kardinal die Veröffentlichung zurückhält. So kam raus, dass Mitglieder des sogenannten Betroffenenbeirates – einem von der Kirche berufenen Gremium aus Opfern von sexualisierter Gewalt durch Kirchenfunktionäre – unter Druck gesetzt wurden, um der Vertuschung des Gutachtens zuzustimmen. Das Ende vom Lied ist, dass der Erzbischof von Köln

in mindestens zwei Fällen von jahrzehntelangem, bekanntem sexuellen Missbrauch von Kindern durch Priester in Köln nicht nur wusste, sondern ihn auch aktiv vertuschte. Daraufhin mehrten sich die Rücktrittsforderungen aus allen möglichen Bereichen der Gesellschaft, doch Papst Franziskus persönlich legte seine schützende Hand über Woelki und ließ ihn ungestraft im Amt. Dazu passt, dass der Kölner Kardinal eine ideologische und bestärkende Kraft bei dem sogenannten „Marsch für das Leben“-Demonstrationen ist, welche sich gegen die (körperliche) Selbstbestimmung der Frau und ihr Recht auf Abtreibung richten. Nicht zuletzt wegen ihm fand der vor kurzem vollständig blockierte „Marsch für das Leben“ erstmals u.a. in Köln statt. Am Kölner Heumarkt standen die Aktivisten des Roten Bundes in den ersten Reihen, als dieses abscheuliche Spektakel aufgehalten wurde.

Der Skandal um Woelki ist nur ein Beispiel des perfiden und systematischen Kindesmissbrauchs, welcher alleine in der katholischen Kirche in der BRD passiert. Möglich macht das u.a. auch das sogenannte Kirchenrecht. Aufgrund der Inkonsequenz der bürgerlichen Revolution in Deutschland in Fragen des Laizismus, also der vollständigen Trennung von Kirche und bürgerlichen Staat. Ein Ausdruck davon ist die Kirchensteuer, die erhoben wird, oder der Religionsunterricht in den Schulen, das Kirchenarbeitsrecht, was Streiks bei christlichen Trägern wie der Diakonie verbietet, und eben auch eine parallel zum Staat verlaufende interne Kirchenjustiz. Diese erlaubt den Kirchen eigene Regeln und Gesetze aufzustellen und innere Belange am bürgerlichen Staat vorbeizuregieren. Im Falle von sexuellen Missbrauch gibt es in der Katholischen Kirche Ansprechpersonen, zu denen die Opfer hingehen sollen. Dann wird die „Plausibilität“ der Anklagen überprüft und der Beschuldigte befragt, und eigentlich auch ein Bericht an eine Kommission für Glaubensreinheit im Vatikan geschickt. Erst wenn dann die Beschuldigungen für plausibel gehalten werden, geht ein Bericht an staatliche Stellen. Es ist also ein bisschen wie bei den Bullen; die Kirche hat Kommissionen, um ihre eigenen Verbrechen gegen das Volk aufzuklären, und wie bei den Bullen dienen diese Kommissionen nicht der Aufklärung, sondern sind höchstpersönlich Instanzen der Vertuschung ihrer Verbrechen. Zusätzlich kommt hinzu, dass, wenn es dann doch mal zu internen Anklageerhebungen bei der Kirche kommt, nicht etwa die Betroffenen des sexuellen Missbrauchs als Opfer auftreten, sondern die Kirche selbst. Das nimmt zum Teil sogar solche widerlichen Ausmaße an, dass beispielsweise Priester, die Kinder sexuell missbrauchen, nicht wegen dem gewalttätigen Missbrauch an den

Kindern bestraft werden sollen, sondern wegen dem Verstoß gegen das Zölibatsversprechen. Und das alles nur im Falle, dass es tatsächlich mal innerhalb der Kirche zu Verurteilungen kommt, was nicht die Regel, sondern die absolute Ausnahme ist. Eine andere Taktik der Kirchen ist es, Opfer entweder zu bedrohen oder mit Schweigegeld abzuspeisen; wenn das nicht klappt, dann hat die Bistumsleitung auch schon mal bei der Staatsanwaltschaft angerufen.

Am 19. September sind nun in Essen neue Vorwürfe ans Licht gekommen. War es bis jetzt so, dass Kardinälen und auch Papst Benedikt XVI. „nur“ systematische Vertuschung vorgeworfen worden ist, so wird jetzt dem verstorbenen Gründer des Bistums Essen, Kardinal Franz Hengsbach, sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen vorgeworfen. Besonders pikant ist das, weil Hengsbach im Ruhrgebiet für nicht wenige gläubige Menschen und ehemalige Bergleute eine Art Ikone ist. So hatte der Kardinal den Spitznamen „Arbeiterpriester“ und ist beispielsweise Ehrenmitglied im sehr vom Bergbau geprägten Fußballverein Schalke 04. „Verdient“ hat er sich diese Aufmerksamkeit durch geheuchelte Demagogie, indem er stets die Betriebe, in denen es bei den Arbeitern köchelte, besuchte, so tat, als er würde er ihnen ein Ohr schenken, um sie anschließend zu beruhigen. Ebenfalls bekannt ist er dafür, dass er nach der Stilllegung der Zechen mit Bossen aus Wirtschaft und Politik, die die Arbeiter in die Perspektivlosigkeit entlassen haben, eine Initiative „gegen die Strukturkrise“ im Ruhrgebiet gegründet hat. In Essen existieren sogar ein Platz mit seinem Namen und ein Denkmal von ihm.

Das System des Missbrauchs ist nur einer von vielen Aspekten, wie die Kirchen Teil des imperialistischen Systems und mit dem deutschen Staat verflochten sind. Zusammen kommen die katholische und evangelische Kirche auf ein Gesamtvermögen von insgesamt über 100 Milliarden Euro, alleine im Jahr 2022 nahmen beide Kirchen ganze 13 Milliarden Euro durch die staatlich eingetriebene Kirchensteuer ein. Und davon werden nicht einmal die Kardinäle und Priester bezahlt, denn diese bekommen ihre hohen Gehälter noch zusätzlich vom bürgerlichen Staat bezahlt. Zum Schluss sei eine Sache gesagt: Glauben oder Nicht-Glauben, das ist eine Privatsache von Gläubigen, die man diskutieren kann und sollte; das Recht, zu glauben und nicht-glauben ist ein Recht des Volkes. Die Kirchen sind aber Institutionen, die im Dienste der Ausbeutung und Unterdrückung unserer Klasse stehen. Das ist allemal ein guter Grund, ihnen den Rücken zu kehren. •

ERNEUTE KÄMPFE GEGEN DIE POLIZEI BEI EINER ERITREA-VERANSTALTUNG IN STUTTGART

Ähnlich wie die Ereignisse Anfang Juli in Gießen, kam es auch in Stuttgart kürzlich wieder zu größeren Auseinandersetzungen zwischen Teilen der Massen und der Polizei. Der Hintergrund davon war der Protest gegen eine Veranstaltung, welche von Vereinen organisiert wurde, die dem Regime Eritreas nahestehen. Etwa 200 Personen sollen versucht haben, jene Veranstaltung anzugreifen und sich dabei intensive Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert haben. Diese war mit der gesamten Situation ziemlich überfordert. 31 Bullen sollen, laut bürgerlichen Medien, im Zuge der Konfrontation verletzt worden sein.

Am 16. September fand die Veranstaltung des Vereins in einer Halle am Römerkastell statt. Gegen Mittag hin sammelten sich größere Menschengruppen am Bahnhof Bad Cannstatt und am Stuttgarter Hauptbahnhof, und zogen von dort aus zum Römerkastell, um das Event der Regierungsunterstützer zu unterbinden. Am Rande des Veranstaltungsortes kam es dann zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, welche die Veranstaltung vor ihnen zu schützen versuchte. Scheinbar haben die Cops im Voraus davon wohl eine Fehleinschätzung gemacht, denn als die Bullen sich dem Protest entgegenstellten, waren sie zuerst deutlich in der Unterzahl. Entsprechend haben die Cops, als sie versuchten, gegen die Menschen vorzugehen, auch deutlich ihr Fett wegbekommen. Die Massen dort ließen nicht nur ihrem Hass auf die Unterdrücker in ihrer Heimat, sondern auch dem auf die Bullen, die sie hierzulande rassistisch schikanieren und verprügeln, freien Lauf. Neben Flaschen und Steinen, welche auf die Sicherheitskräfte flogen, gingen auch mehrere Menschen mit Holzlatten und Metallstangen auf diese los. Teilweise sollen manche Holzlatten dabei auch mit Nägeln bespickt gewesen sein.

Die Polizei, die mit 300 Beamten im Einsatz war, musste aus umliegenden Präsidien und von der Bundespolizei Verstärkung anfordern. Teilweise wurde diese Verstärkung sogar mit dem Hubschrauber eingeflogen. Sechs Bullen mussten laut eigener Angaben der Polizei anschließend im Krankenhaus behandelt werden. Fünf davon sollen nicht mehr dazu in der Lage gewesen sein, ihren Dienst fortzusetzen. Dennoch gelang es ihnen

letztendlich, die Lage unter Kontrolle zu bekommen. Die rebellierenden Massen wurden zu einem Großteil eingekesselt und anschließend kontrolliert. 228 Personen wurden zwischenzeitlich festgenommen. Einer davon sitzt seitdem in Untersuchungshaft.

Nun, nach diesen Ereignissen, überschlugen sich Politiker und Medien in einem lautstarken öffentlichen Heulkonzert. Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann sagte: „Die Bilder der brutalen Ausschreitungen mit gezielten Angriffen gegen die Polizei verstören und sind völlig inakzeptabel“. Innenminister Thomas Strobl sprach von einem „plötzlichen und unerwarteten Gewaltexzess eines wütenden Mobs“ und kündigte ein hartes Vorgehen des Staates gegen die festgenommenen Teilnehmer des „Mobs“ an.

Bei all der Empörung kann man es natürlich auch nicht unterlassen, den typisch deutschen Chauvinismus mal wieder aus dem Keller zu holen. In allerlei öffentlichen Äußerungen von hohen Politikern gehen die Aussagen in jene Richtung, dass es ja vor allem ganz schlimm sei, dass jetzt ein ausländischer Konflikt hierzulande ausgetragen wird. Man werde es nicht dulden, dass „Konflikte aus anderen Ländern gewaltsam bei uns ausgetragen werden“, so der Grünen-Politiker Kretschmann. Ganz so, als dürfte man nur gegen Unterdrückung kämpfen, wenn man sich auch in seinem Heimatland befindet.

Die besagte Veranstaltung, die zu den Unruhen führte, wurde von dem „Verband der Eritreischen Vereine in Stuttgart und Umgebung“ organisiert. Jener Verband ist jedoch kein reiner, vermeintlich unpolitischer Kulturverband, sondern ist eine politische Organisation, welche die Regierung Eritreas unterstützt. Das dortige Regime, mit Isayas Afewerki an der Spitze, ist bekannt für die enorme Ausbeutung des eritreischen Volkes und intensiven Terror gegen jegliche Form von Opposition. Seit 30 Jahren regiert Afewerki das Land als „Interimspräsident“ und versucht dabei entschlossen, jegliche Form von Widerstand mit Repression ersticken. Seinen Hintergrund hat die aktuelle Regierung Eritreas dabei eigentlich in der ursprünglich fortschrittlichen nationalen Befreiungsbewegung. Nach der Unabhängigkeit Eritreas von Äthiopien im Jahre 1993 zeigte

sich jedoch wieder einmal, dass die Bourgeoisie unfähig ist, den Kampf für nationale Befreiung vollständig zu Ende zu führen. Da es an der Führung des Proletariats fehlte, begannen die einstigen Anführer des Kampfes für Selbstbestimmung nun, das Land unter ihrer Herrschaft an andere Herren zu verkaufen. Für die Extraprofiten der chinesischen Imperialisten werden die Massen dort heute unter sehr schlechten Bedingungen ausgebeutet. Es herrscht ein lebenslanger unbefristeter Zwangsdienst im Militär oder als (Zwangs-)Arbeiter an unfreiwilliger Stelle für alle erwachsenen Männer. Wer sich unbefugt von diesem Dienst entfernt, muss anschließend mit Knast und Folter rechnen. Kein Wunder, dass es auch in Deutschland zahlreiche eritreische Flüchtlinge gibt, welche nicht gut auf das Regime zu sprechen sind.

Ihren Widerstand möchten die Herrschenden in der BRD nun mit verstärkter Repression beantworten. So geht mit der bereits erwähnten falschen Empörung über die Intensität der Gewalt auch immer die Forderung einher, dass es jetzt noch mehr Polizei in der Stadt bräuchte und die sogenannten Straftäter mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden müssten. Daneben nehmen manche Politiker dies auch als Anlass, um zu versuchen, das Recht auf Asyl weiter abzubauen, und fordern häufigere und einfachere Abschiebungen. Baden-Württembergs Justizministerin Marion Gentges zum Beispiel äußert in einem Gespräch in der Sendung SWR Aktuell, dass sogenannte „Gewalttäter“ leichter in das ostafrikanische Land abgeschoben werden sollten. Zwar erkennt sie dabei an, dass Eritreas Regierung international häufig wegen der Verletzung der sogenannten „Menschenrechte“ in der Kritik steht und den Abgeschobenen dort Folter und Tod droht, dem entgegnet sie allerdings nur, dass man bestimmt irgendwelche Schlupflöcher in der Genfer Flüchtlingskonvention nutzen könnte, um den Schutz für die entsprechenden „Straftäter“ etwas abzusenken. Offensichtlich sind auch den Herrschenden hierzulande die von ihnen hoch gepriesenen „Menschenrechte“ herzlich egal.

Bei all den öffentlichen Äußerungen, die nun zu den Vorfällen gemacht wurden, war auch die Bullengewerkschaft „GdP“ eifrig mit dabei, sich vor der Öffentlichkeit selbst als Opfer darzustellen. Grundsätzlich ist es das, was die GdP nach allen größeren Ausschreitungen tut. Das interessante dabei ist allerdings, dass GdP-Vorsitzender Jochen Kopelke ein „konsequentes Verbot dieser Veranstaltungen“ fordert. Damit sind weitere Veranstaltungen von Unterstützern der Regierung Eritreas gemeint, welche demnächst stattfinden sollen. Diese Forderung wird auch von verschiedenen Politikern,

von CDU bis Grüne, gestellt, und grundsätzlich wäre dies auch etwas, was den Interessen des deutschen Imperialismus nutzen könnte. Zwar können solche Konfrontationen genutzt werden, um die Polizei praktisch im Kampf gegen die Massen zu schulen. Anschließend können sie diese auch nutzen, um im Rahmen einer medialen Propagandakampagne wie dieser die Reaktionarisierung des Staates voranzutreiben und mittels rassistischer Hetze die Arbeiterklasse zu spalten. Das Verbot von solchen Veranstaltungen könnte aber auch genutzt werden, um sich von der Regierung Eritreas abzugrenzen. Diese hat nämlich, man könnte sagen, „eher feindselige Beziehungen“ zu den USA, mit welchen die deutsche Bourgeoisie zum aktuellen Zeitpunkt zusammenarbeitet, und zu Äthiopien, welches heute eine Halbkolonie ist, in welcher auch der deutsche Imperialismus Einfluss hat (die BRD ist z.B. der größte Importeur von Kaffee).

Ein Verbot der Veranstaltungen der eritreischen Regierungunterstützer durch den deutschen Staat wäre also durchaus etwas, was im Rahmen des möglichen wäre. Das Verbot würde in diesem Fall reaktionäre Kräfte treffen und viele Flüchtlinge aus Eritrea, welche die Unterdrückung durch die dortigen Lakaienherren selbst gespürt haben, würden dieses Verbot wahrscheinlich begrüßen. Es sei an dieser Stelle auch sehr klar gesagt, dass die Kämpfe am 16. September gerechtfertigt waren. Es muss allerdings auch gesagt sein, dass ein Verbot weiterer Veranstaltungen nichts gutes wäre, was im Interesse der Arbeiterklasse und der Massen liegt. Was dies bedeuten würde, wäre nämlich, dass die Versammlungsfreiheit aufgrund von möglichem Gefahrenpotential einfach aufgehoben wird. Etwas, was in jüngerer Vergangenheit vermehrt vorgekommen ist. Auch auf diesem Weg kann die deutsche Bourgeoisie die Reaktionarisierung ihres Staates vorantreiben. Dass davon Reaktionäre betroffen wären, ändert nichts an dem Fakt, dass dies ein erneuter Angriff auf die erkämpften demokratischen Grundrechte wäre, welcher sich als nächstes genauso gegen fortschrittliche und revolutionäre Kräfte richten kann und wird •



ANGSTMACHE VOR DEM ATOMKRIEG: „OPPENHEIMER“ – REZENSION

Inmitten der Vertiefung der weltweiten Krise des Imperialismus, des Beginns der Rezession in vielen Ländern, bringt die vorherrschende imperialistische Macht, die USA, als wohl bedeutendsten (neben der albernen Barbie-Verfilmung) Spielfilm des Jahres ein Historiendrama über den Entwickler der ersten Atombombe, J. Robert Oppenheimer, in die Kinos. Unter der Regie von Christopher Nolan („The Dark Knight“, „Inception“, „Interstellar“), der für die düstere, melancholische und pessimistische Atmosphäre seiner preisgekrönten Filme bekannt ist, und mit einer ordentlichen Star-Besetzung, gibt der Yankee-Imperialismus einen finsternen Einblick in seine aktuelle Sicht auf die Welt. Es ist kein Zufall, dass in Zeiten der Zersetzung und dem immer spürbareren Untergang des Imperialismus ein solch dystopischer, pessimistischer Film erscheint, der sich um eine Waffe und ihre Kraft, die „Welt zu zerstören“, dreht.

„Oppenheimer“ wird ganz im Stile postmoderner Geschichtsschreibung als Tragödie um eine Einzelperson, die vermeintlich die Geschichte alleine macht, aufgezogen. Alles dreht sich um ihn, seine Gefühle, seine persönlichen Erfahrungen, seine Emotionen; die Millionen und Milliarden, die in dieser stürmischen Zeit auf der Welt die Geschichte gemacht haben, und die Bedeutung von Oppenheimers Forschungen für die Menschheit, werden zweitrangig und idealistisch behandelt. Der Film baut sich als Rückblick auf seine Geschichte auf, die Oppenheimer während eines Verhörs durch Vertreter amerikanischer Geheimdienste in den 50er-Jahren, die ihn im Dienste eines ranghohen Politikers und dessen persönlichen Problemen mit Oppenheimer drankriegen und seinen Posten nehmen wollen, Revue passieren lässt. Der 1904 in New York City geborene Physiker wird ab seiner Zeit an der Universität in Europa begleitet, wobei der Film – ganz im Zeichen der pessimistischen Atmosphäre – auf seine psychischen Probleme und Depressionen fokussiert. Deprimierende Musik, dystopische Szenerie und Geräusche untermalen den Film von Minute Eins an.

Nachdem er in Europa unter anderem mit Niels Bohr und Werner Heisenberg Bekanntschaft gemacht und viele Kenntnisse in der Kernphysik und über die Quantenmechanik erlangt hat, wird Oppenheimer zurück in den USA als Unterstützer des Spanischen Bürgerkriegs und der Kommunisten gezeigt, was ihm in der Verhörung noch auf den Fuß fallen soll. Die

Kommunistische Partei wird natürlich gehörig durch den Kakao gezogen und als ein Verein wohlhabender (ohnehin könnten fast alle amerikanischen Charaktere im Film Millionäre sein, eine völlige Verzerrung der Realität in den Vereinigten Staaten) und prinzipien-untreuer Intellektueller, die bei knallenden Korken gerne ein bisschen über die politische Weltlage diskutieren, dargestellt. Hier lernte Oppenheimer Jean Tatlock, ein Parteimitglied mit psychischen Problemen (1944 begang sie schließlich Suizid) kennen und verliebte sich in sie. Tatlock sagt im Film, sie habe auch gerne „etwas Spielraum mit der Parteilinie“ und interessiert sich der cineastischen Darstellung nach mehr für exotische Sexstellungen als für die Revolution. Oppenheimers nächste große Liebe – Kitty Harrison – war aus Sicht der Amis besser, eine gestandene Kapitulantin, die in eigenen Worten der Partei „für immer den Rücken gekehrt“ habe. Mit ihr neu an seiner Seite gibt er alles Fortschrittliche rasch auf – die von ihm initiierte „gewerkschaftliche“ Arbeit bei seiner Quantenmechanik-Lehrstelle an der University of California, seine Kontakte zur Partei, und auch seine zumindest kritische Haltung gegenüber den USA. Als ein ranghoher General kurz darauf, 1942, in seine Räumlichkeiten an der Universität, von wo aus seine Entdeckungen zur Quantenmechanik (unter anderem über Neutronensterne und den Kollaps von Sternen zu Schwarzen Löchern) sich mittlerweile im ganzen Land rumgesprochen haben, kommt und ihm Druck macht, er solle an der Entwicklung einer Atombombe mithelfen, damit die deutschen Faschisten nicht die ersten mit dieser „absoluten Waffe“ seien, willigt er ein. Er kapituliert auch vor dem Druck, den das FBI zuvor auf ihn aufgrund seiner politischen Tätigkeit an der Lehrstelle ausgeübt hat und versucht fortan, die Leute, die er vorher noch für gewerkschaftliche Arbeit agitiert hatte, für die Teilnahme an seinem „Manhattan-Projekt“ zum Bau der Bombe in der Wüste Nevadas zu rekrutieren. Der Zweck heiligt im Imperialismus die Mittel, fortan sind die zwei wichtigsten Prinzipien für Oppenheimer „hauptsache vor den Deutschen“ (Rechtfertigung der Bombe – die tatsächlich nicht gegen die Deutschen, sondern für den Aufstieg der USA zur Supermacht nach dem 2. Weltkrieg eingesetzt wurde)



und „hauptsache kein Kommunist“ (um seine Stelle zu behalten). Er mobilisiert hochrangige Wissenschaftler aus dem ganzen Land und aus anderen, mit den Amis verbündeten imperialistischen Ländern, nach „Los Alamos“, die Wüstenstadt des Manhattan-Projekts. Die Bombe wird gebaut, getestet, abgeworfen, und herum entwickelt Oppenheimers Tragödie. Oppenheimer wird depressiv, sieht sich als „Zerstörer der Welten“; der Film erlaubt sich immer mehr Spielraum mit der „Realitätslinie“ – die Sowjetunion, vermeintlich total rückständig und ohne technisches Wissen, spioniert für ihren Waffenbau in Los Alamos und bei Oppenheimer mittels der verrückten Tatlock, auch die sowjetische Wasserstoffbombe wird als Spionageergebnis dargestellt, und Albert Einstein rät Oppenheimer aus „Angst um die Menschheit“, den Stand der Bombenentwicklung den Nazis zu mitzuteilen; für den einzigen Lacher sorgt derweil Matthias Schweighöfer, der ziemlich unerwartet in der Rolle des Physikers Werner Heisenberg auftaucht.

Über die zähen drei Stunden Drama hinweg wird besonders eine zentrale Idee verbreitet, nämlich die Furcht vor der Atombombe als Untergang der Menschheit. Oppenheimer warnt vor dem Weltuntergang, wenn sich die Atombombe verbreite und immer mehr Mächte sie in die Hände bekämen. Zwischendurch und auch am Ende des Films wird die Angst vor einer Entzündung der Atmosphäre und vor einer weltzerstörenden Kettenreaktion von mehreren zündenden Atombomben geschürt. Und es fällt zudem der Satz: „Das ist keine neue Waffe, das ist eine neue Welt“. Doch hier zeigt sich, was für eine Hysterie gemacht wird. Atombomben sind bis heute die stärksten produzierten Massenvernichtungswaffen, aber sie stehen nicht über den Klassen und über dem Klassenkampf. Keine imperialistische Macht hat ein Interesse daran, die ganze Welt zu vernichten – wollen sie sich doch so viel es geht unterjochen. Und auch das Fehlen einer technischen Kontrolle der Bombe ist eine Lüge. Und „eine neue Welt“ wird nicht von einer Waffe erschaffen, sondern von den Milliarden Ausgebeuteten und Unterdrückten und den befreiten Völkern – auf den Schlachtfeldern. Der im Film beschriebene Abwurf der zwei USA-Atombomben über Hiroshima und Nagasaki beispielsweise vermochte Japan nicht zur Kapitulation zu bringen; das taten sie erst kurz darauf beim Einmarsch der sowjetischen Truppen.

Zum Ende des Filmes wird John F. Kennedy, obgleich wohl der Atomkrieg-Schacherer schlechthin (siehe seine Ansprache am 22. Oktober 1962), als gerade der erwähnt, der Oppenheimers „Ankläger“ in die Schranken weist und das Ende der McCarthy-Ära und die „Liberalisierung“ der USA und damit die „guten Zeiten“ einläutet. Und von diesem Standpunkt aus ist der Film gemacht – „die bürgerliche Demokratie ist da, es ist besser als früher; es gibt zwar Atombomben, aber wenn alles so bleibt, wenn wir an der Spitze bleiben, dann müssen wir sie nicht einsetzen“. Klar ist, dass diejenigen, die am meisten mit der Angst vor der Atombombe spielen, diejenigen sind, die sie besitzen und den Völkern und ihren Kontrahenten mit ihr drohen. Das tun die USA damals wie heute (der Film ist ein Ausdruck davon), genau wie in den 60ern beispielsweise auch ihr Kontrahent, der sowjetische Sozialimperialismus unter Chruschtschow, der die Atombombe zum größten Problem der Menschheit und den Klassenkampf daher für beendet erklärte, um seine räuberischen Interessen durchzusetzen. Doch, wie Vorsitzender Mao sagt:

„Die Atombombe ist ein Papiertiger, mit dem die USA-Reaktionäre die Menschen einschüchtern wollen. Sie sieht fürchterlich aus, aber in Wirklichkeit ist sie es nicht. Natürlich ist die Atombombe eine Massenvernichtungswaffe. Aber über den Ausgang eines Krieges entscheidet das Volk, nicht ein oder zwei neue Arten von Waffen.“

Was natürlich klar sein muss, ist dass Waffen existieren, damit sie benutzt werden – das gilt auch für Atomwaffen. Man darf sich keine Illusionen machen, dass die kommenden Stürme der Welt ohne den Einsatz solcher Waffen durch die Imperialisten vorüber ziehen würden. Die Kommunistische Partei Perus schreibt, „...laut den reaktionären Militärtheoretikern würde [der 3. imperialistische Weltkrieg] sich entfalten mit einem ersten Moment von Anwendung der Atomwaffen, ein kraftvolles Atombombardement von beiden Seiten und ein zweiter Moment in welchem große Heerscharen von Millionen teilnehmen und man übergeht zu einem konventionellen Krieg, um Territorium zu besetzen...“. Die Tatsache, dass diese Stürme aufziehen, spiegelt sich in dem Film sehr deutlich wieder. Wie er nicht seinem Inhalt, aber seiner Form nach zugeben muss, ist es nicht die Welt, die durch die Atombombe zerstört, sondern die Welt des Imperialismus, die durch die proletarische Revolution vom Angesicht der Erde gefegt wird. •



www.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BERLIN

11.10. | 18.30 Uhr

Veranstaltung zum Hamburger Aufstand
Mehringhof (Blauer Salon)

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

12.10. | 19 Uhr

Veranstaltung: Zur Geschichte des Hamburger Aufstands
Paradox (Bernhardstr. 12)

HAMBURG

23.10. | 18 Uhr

Demonstration: 100 Jahre Rotes Hamburg
Bert-Kaempfert-Platz (vor dem Museum der Arbeit)

mehr Infos:



KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rjk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rjk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rjk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Rote Kämpfer auf den Straßen Hamburgs, diesen Monat vor 100 Jahren

Quelle: hamburgeraufstand.noblogs.org

**ROTE
POST** 